

Jahresbericht des Präsidenten

Sehr geehrte Damen und Herren
Geschätzte Verbandsmitglieder

Ich erstatte Ihnen hiermit einen Kurzbericht über die Tätigkeiten des Verbandes der Luzerner Polizei (VLP) im abgelaufenen Verbandsjahr 2017.

Auch in diesem Jahr mussten wir in Bezug auf die geplanten Sparmassnahmen Klartext reden:

die Luzerner Polizei ist am Anschlag.

Der Verband der Luzerner Polizei wiederholte mehrmals im Verlauf des vergangenen Jahres, dass die Sparpolitik des Kantons die Luzerner Polizei daran hindert, ihren gesetzlichen Auftrag zu erfüllen. Der Personalmangel und die Leistungsguillotine haben dazu geführt, dass Vieles von der Polizei nicht bearbeitet werden kann. Dieser Zustand hat sogar dazu geführt, dass sich die (gutgemeinte) Plakataktion im Kanton Luzern „Bei Verdacht: 117/ Gemeinsam gegen Einbrecher, Ihre Polizei“ als Fehlinvestition erwies. Denn **die Polizei ist schlechthin nicht in der Lage, alle Verdachtsmeldungen aus der Bevölkerung entgegenzunehmen und/oder zu bearbeiten**. Sie werden mit mir einig sein, dass solche Zustände nicht nur absurd, sondern inakzeptabel sind.

Aus wirtschaftlicher Sicht und im Interesse unserer kantonalen Wirtschaft liegt es auf der Hand, dass Sparmassnahmen eingeleitet werden müssen. Nach meinem Verständnis sind unter Sparmassnahmen jedoch nur solche Massnahmen zu verstehen, welche den Verbrauch von Geld einschränken, bzw. die Schulden reduzieren, um die wirtschaftlich angespannte Situation zu stabilisieren und schlussendlich zu verbessern. Massnahmen, welche mittel- und längerfristig zu schädigenden Implikationen für unsere Wirtschaft und Bevölkerung führen, können aus meiner Sicht nicht als Sparmassnahmen, sondern vielmehr als schädigende Massnahmen bezeichnet werden. Leider haben sich die Verantwortungsträger in unserem Kanton genau für diese schädigende Sparpolitik entschieden. Die (Spar-) Massnahmen des Kantons Luzern bei der Luzerner Polizei bedeuten nichts anderes **als Sicherheits- und Dienstleistungsabbau zu Lasten der Bevölkerung und zugunsten der Kriminalität**.

Bekanntlich verlangte der Regierungsrat des Kantons Luzern u.A. eine Reduktion des für die Polizei vorgesehenen Budgets. Die Konsequenzen daraus sind für die Bürgerinnen und Bürger des Kantons Luzern nicht unerheblich. **Wer irrtümlich annimmt, mit der Reduktion um eine oder zwei Polizeipatrouillen sei die Forderung der Politik erfüllt, verkennt den Aufgabenbereich der Luzerner Polizei**. Die beschlossene Sparpolitik führt zwangsweise zu einer Anhäufung von Notfällen (Verkehr, Unfall, Bedrohung, Überfall, häusliche Gewalt, Einbruch, Diebstahl usw.), in denen die Luzerner Polizei nicht immer innert nützlicher Zeit intervenieren kann. Hinzu kommt, dass sich die getroffenen Massnahmen nicht nur auf Interventionsebene lethargisch auswirken, sondern sie verunmöglichen u.U. eine (reibunglose) Verfolgung der Täterschaft. Die Staatsanwaltschaft und die Luzerner Polizei arbeiten eng zusammen, wobei die Erstgenannte gegenüber der Polizei weisungsbefugt ist.

Können Aufträge aufgrund des akuten Personalmangels durch die Polizei nicht rechtzeitig bearbeitet werden, zieht dies die Verfahrensdauer in die Länge (unter Umständen bis zur Verjährung). Dies verärgert sowohl die Geschädigten, die Beschuldigten wie auch andere Verfahrensbeteiligte, zumal von Gesetzes wegen eigentlich das Beschleunigungsgebot gilt.

Der Verband hat demzufolge die politischen Verantwortungsträger mehrmals auf diese offensichtlichen Missstände hingewiesen und im Klartext betont, dass mit der beschlossenen Leistungsreduktion die Polizei, auf Weisung der Regierung gegen den im Bundesrecht festgelegten Verfolgungszwang verstossen müsse.

Alle Anliegen des Verbandes wurden durch den Vorstand nicht nur im Rahmen der zahlreichen Sitzungen mit dem Kommando und mit dem Vorsteher des Justizdepartementes platziert, sondern auch auf medialer Ebene weitergetragen. Dies führte dazu, dass die Situation in Bezug auf die Luzerner Polizei bundesweit thematisiert wurde.

Die Sparmassnahmen waren nicht die einzige Herausforderung für unseren Verband. Wie jedes Jahr, setzten sich die Vorstandsmitglieder für die einzelnen Anliegen unserer Mitglieder ein. So wurden im Rahmen der Teamsitzungen zwischen unserer Verbandsspitze und dem Kommando u.A. Themen wie „*Abbau Überzeit*“ und „*Beteiligung an die Weiterbildungskosten*“ eingehend diskutiert.

Die Wahrnehmung der Interessen unserer Mitglieder ist nur durch einen gut funktionierenden Vorstand und eine klare Aufgabenverteilung innerhalb derselben möglich. Unter diesem Gesichtspunkt und aufgrund der in der Vergangenheit gesammelten Erfahrung konnte unser Vorstand zahlreiche interne und externe Abläufe zugunsten der Anliegen unserer Mitglieder optimieren.

Auch in Bezug auf unsere Teilnahme an der paritätischen Kommission wurde versucht, die aus unserer Sicht nicht zufriedenstellende Interaktion mit den politischen Behörden zu verbessern. Bekanntlich hatte ich als Präsident des Verbandes über längere Zeit an den PAPEKO-Sitzungen bewusst nicht teilgenommen. Dies insbesondere aus dem Grund, weil mir im Rahmen der paritätischen Kommission nicht möglich war, eine sachliche und vor allem wechselseitige Kommunikation zu führen. Durch eine moderate „*Protestaktion*“ konnten wir aber einerseits die bestehenden Unklarheiten mit dem Vorsteher der Kommission klären und andererseits ein neues Vorstandsmitglied, nämlich Markus Amacher, vorschlagen, um den Verband im Rahmen der PAPEKO zu vertreten.

Des Weiteren wurden auf der Ebene IG Zentralschweiz verschiedene Sitzungen abgehalten. Auch in diesem Jahr konnten wir feststellen, dass diese Plattform sehr wichtig ist, um einen interessanten Informationsaustausch sicherzustellen.

Abschliessend möchte ich mich bei meinen Vorstandskollegen ganz herzlich für ihre wertvolle Arbeit bedanken.

Dem Verband der Luzerner Polizei und seinen Mitgliedern wünsche ich alles Gute und eine erfolgreiche Zukunft im nächsten Verbandsjahr!

Luzern, im Februar 2018

VERBAND DER LUZERNER POLIZEI
RA lic. iur. Federico Domenghini